

Protokoll

15. Sitzung vom 23. November 2015

rsa

Seite 332

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 23. November 2015, 19.00 Uhr - 19.45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Hanspeter Andreoli (Ferien) Christoph Lehmann (private Gründe) Stadtrat Ernst Brupbacher (Ferien) Stadtrat Heini Hauser (Ferien)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 28. September 2015
3. Postulat der SP Fraktion, vom 2. September 2014, überwiesen am 3. November 2014, gegen den Verkehrskollaps am Kreisel Zuger-/Steinacherstrasse; Beantwortung
4. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 23. September 2015, betreffend Eisbahn Wädenswil; Begründung
5. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Oktober 2015, betreffend einem Rufbus für den Wädenswiler Berg; Begründung
6. Interpellation der CVP- und SP-Fraktionen, vom 2. April 2015, überwiesen am 6. Juli 2015, betreffend Konflikt- und Präventionskonzept an der Primarschule Wädenswil; Beantwortung
7. Einbürgerungen:
 - DE CONTO Mirco, italienischer Staatsangehöriger mit seiner Ehefrau Gabriele Susanne geb. Schmitt, deutsche Staatsangehörige und den Töchtern Penelope Emilia Aurora und Aurelia Elisa Sophia, beide italienische und deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Neudorfstrasse 46
 - FILI Nicole Angela, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Am Gulmenbach 2
 - GEORGIEVA geb. Petkova Albena mit ihrem Sohn Georgi GEORGIEV, bulgarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Rautistrasse 24

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig, am 13. November 2015, in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Erich Schärer begrüsst zur Sitzung. Vermutlich gebe es heute eine kurze Sitzung. Das Büro habe jedoch entschieden, auf Ende Jahr mit den pendenten Vorstössen aufzuräumen, damit die Budgetsitzung in drei Wochen nicht mit zusätzlichen Geschäften belastet werde.

1.1 Eingänge

- Bericht zum Postulat vom 2. September 2014, überwiesen am 3. November 2014, der SP-Fraktion Wädenswil betreffend Verkehrskollaps am Kreisel Zuger-/Steinacherstrasse
- Postulat der Fraktion der Grünen, vom 23. September 2015, betreffend Eisbahn Wädenswil
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 29. Juni 2015, betreffend Elektrowiderstandsheizungen
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der EVP-Fraktion vom 22. Mai 2015, betreffend Umnutzung des SBB Reisebüros
- Voranschlag 2016
- Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Oktober 2015, betreffend einem Rufbus für den Wädenswiler Berg
- Protokoll der GR-Sitzung vom 28. September 2015
- Beantwortung der Interpellation der CVP- und SP-Fraktionen, vom 2. April 2015, überwiesen am 6. Juli 2015, betreffend Konflikt- und Präventionskonzept an der Primarschule Wädenswil
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der EVP / EDU Fraktion, vom 30. Juni 2015, betreffend öffentliche Bepflanzung

1.2. Überweisungen

--

2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Sitzung vom 28. September 2015 wird genehmigt.

36.06

3. **Postulat der SP-Fraktion, vom 2. September 2014, überwiesen am 3. November 2014, betreffend Verkehrskollaps am Kreisel Zuger- / Steinacherstrasse; Beantwortung**

Stadtpräsident Philipp Kutter, stellvertretend für Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, führt aus, dass der Stadtrat die Verkehrssituation im Gebiet Neubüel aufmerksam verfolge. Der Stadtrat habe dazu bereits vor einiger Zeit Untersuchungen in Auftrag gegeben.

ben. Den Stand der Ergebnisse finde man im schriftlichen Bericht zum Postulat. Die Mitglieder der Raumplanungskommission hätten zudem einen vertieften Einblick in die Abklärungen, die der Stadtrat getätigt habe, erhalten, weil man ihnen im Zusammenhang mit der Beratung der Werkstatt Zürisee einen Überblick geben wollte.

Die Berechnungen würden zeigen, dass man heute zu gewissen Stunden von einer Überbelastung oder starken Belastung am Kreisel Zuger- / Steinacherstrasse sprechen könne. Aber mit gutem Gewissen könne man noch nicht von einem Verkehrskollaps sprechen. Sie empfänden es sicherlich als Belastung. Wenn man aber mit jemandem spreche, der im Limmat-tal zu Hause sei oder im Norden der Stadt Zürich, hätten diese andere Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Die Berechnungen würden zeigen, dass ab dem Jahr 2030 die Knoten im Grossraum Neubüel alle überlastet sein werden. An dieser Stelle sei wichtig anzufügen, dass dieser Befund nichts mit der Werkstatt Zürisee zu tun habe. Natürlich bringe das einen gewissen Mehrverkehr mit sich, aber viel wichtiger sei die Aussage der Verkehrsplaner, dass der Verkehr allgemein zunehme. Dies schenke viel mehr ein als die Werkstatt Zürisee oder sonst ein spezieller Betrieb.

Wegen der vermuteten Überbelastung im Jahr 2030 werde ihnen von den Verkehrsplanern empfohlen, an der Zugerstrasse und an verschiedenen Knoten, also nicht nur beim Kreisel Zuger- / Steinacherstrasse, sondern auch bei den Kreiseln weiter Richtung Autobahn, Massnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit zu prüfen. Die Stadt trete in diesen Wochen und Monaten in Dialog mit dem Kanton Zürich und mit dem Bund, namentlich dem Astra, um das weitere Vorgehen zu diskutieren. Man müsse klar sehen, dass die Strassen und Kreuzungen, von denen gesprochen werde, nicht der Stadt gehörten. Die Zugerstrasse sei eine Kantonsstrasse. Weiter oben sei die A3 betroffen. Hier müsse man mit dem Bund zusammenarbeiten. Die Verkehrserhebungen, welche die Stadt gemacht habe, seien eine gute Grundlage, um mit den übergeordneten Stellen ins Gespräch zu kommen. Die Postulanten und Postulantinnen hätten verschiedene konkrete Vorschläge gemacht. Diese flössen auch in die Arbeit ein.

Angeregt worden sei die Führung einer eigenen Bus-Spur. Im Bericht könne man lesen, dass dieses Anliegen im Entwurf des zurzeit zu überarbeitenden regionalen Richtplans Eingang gefunden habe. Das sei zwar noch nicht beschlossen, aber immerhin so eingegeben worden und bis jetzt zeichne es sich ab, dass es so entstehe.

Zudem sei angeregt worden, den Kreisel mit einer zusätzlichen Rechtsabbiege-Spur von der Steinacher- in die Zugerstrasse zu entlasten. Die Rede sei vom Kreisel beim Lidl. Hier solle man so eine Art Bypass machen und evtl. auch die Bushaltestelle verlegen.

Der aktuelle Stand sei, dass der Kreisel nicht isoliert betrachtet werden könne, sondern das Verkehrssystem als Ganzes angeschaut werden müsse. Die Variante mit einer Rechtsabbiege-Spur sei untersucht worden. Es habe sich aber gezeigt, dass diese nicht die gewünschte Wirkung bringen würde. Im Wesentlichen würde sie dazu führen, dass die Staubildung verlagert werde. Anstatt beim Kreisel Steinacher- / Zugerstrasse stehe man dann auf der Zugerstrasse. Die Verkehrsplaner empfahlen daher, in der langfristigen Planung alle Kreisel anzuschauen, d.h. das ganze Gebiet von der Steinacherstrasse über die Zugerstrasse bis zur Autobahn.

Weiter sei von den Postulanten angeregt worden, das Verkehrsregime bei der Zurich International School (ZIS) umzulenken bzw. zu verändern. Die Stadt stehe mit der ZIS schon seit längerer Zeit in Kontakt, um diese Situation zu verbessern. Die ZIS habe auch schon verschiedene Massnahmen eingeleitet und die Stadt werde das auch weiter mit ihnen bearbeiten. Man müsse dazu sagen, dass die ZIS entgegen dem, was man aus dem Bauch heraus vermuten würde, nicht an der Situation schuld sei bzw. nicht die einzig Schuldige sei. Der ZIS-Verkehr führe natürlich zu gewissen Wartezeiten, aber nicht dann, wenn die Maximalbelastung da sei, sondern etwas versetzt. Am Morgen sei es zwischen 8.15 Uhr und 9.00 Uhr und am Nachmittag zwischen 15.15 Uhr und 16.00 Uhr. Die Maximalbelastung sei früher am Morgen und später am Abend, nämlich dann, wenn der Pendlerverkehr den Höhepunkt erreiche. Nichtsdestotrotz bleibe die Stadt auch in diesem Bereich aktiv.

Insgesamt könne gesagt werden, dass der Stadtrat und insbesondere die Abteilung Planen und Bauen bei diesem Thema sehr stark engagiert seien. Heute habe man tatsächlich punktuell starke Belastungen im Gebiet Neubüel. Diese würden bis 2030 weiter zunehmen. Die Stadt wolle darum gestützt auf die Verkehrsstudie nun mit dem Kanton und dem Bund konkret werden. Unter diesen Gesichtspunkten sei der Stadtrat der Ansicht, dieses Postulat abzuschreiben.

Beatrice Gmür, SP, dankt Heini Hauser, der leider nicht anwesend sei, für die Antwort. Sie sei sehr interessant zum Lesen gewesen. Die SP-Fraktion habe verschiedene Vorschläge gemacht wie Philipp Kutter gesagt habe. Dass nun nicht alle machbar bzw. sinnvoll seien - wie zum Beispiel der Bypass - könne die SP so entgegennehmen und akzeptieren. Auch dass der Stadtrat mit der ZIS in Kontakt getreten sei und dass man dort gewisse Lösungen prüfen wolle, finde sie gut. Sie hoffe, dass der Stadtrat dann aber auch schaue, dass diese Massnahmen umgesetzt und nicht einfach im Raum stehen gelassen würden.

Als sie die Antwort auf das Postulat gelesen habe, sei sie zuerst hoch erfreut gewesen. Sie habe gedacht, wow, eine Busspur, lässig. Das sei genau das, was sie wollten. Als sie die Antwort jedoch etwas genauer gelesen habe, habe sie sich überlegt, was das überhaupt heisse, was da stehe. Es stehe, dass es einen Eintrag im Richtplan gebe, wenn der Richtplan dann angenommen werde. Nur das heisse noch überhaupt nichts. Es stehe jetzt einfach mal drin. Man müsse dann auch etwas daraus machen. Es brauche ein aktiv werden und ein Druck machen von Seiten des Stadtrats, wenn der Richtplan genehmigt werde, damit dann auch tatsächlich etwas passiere. Es gebe viele andere Beispiele von schönen Sachen, die im Richtplan stünden und dort ein fröhliches Dasein fristeten. Es brauche ein aktiv sein von Seiten des Stadtrats. Eine Aussage in diese Richtung habe sie bisher vermisst. Dass der Stadtrat die übergeordnete Verkehrsplanung in Angriff nehmen wolle und auch die Verkehrszählungen gemacht habe, die aufzeigen würden, wann diese Belastungen seien und dass ab 2030 die Situation schlimmer werde. Sie hätten nicht von einem Verkehrskollaps gesprochen, welcher jetzt sei, sondern von diesem, der drohe. Nur weil es in anderen Gemeinden wie zum Beispiel im Limmattal noch schlimmer sei, heisse es nicht, dass man das Problem nicht angehen müsse. Der Stadtrat schreibe, nachdem er gesagt habe, die Leistungskapazität reiche nicht aus: „Die Bearbeitung der übergeordneten Massnahmen müssen jedoch von den jeweiligen Strassenträgern, Astra und Tiefbauamt des Kantons Zürich, weiterverfolgt werden.“ Philipp Kutter habe das etwas ausgeführt und gesagt, der

Stadtrat mache etwas. Aber geschrieben sei nichts davon, dass der Stadtrat etwas mache. Es sei ihr schon klar, dass letztlich der Kanton handeln müsse, aber ohne kontinuierlichen Druck seitens der Stadt Wädenswil passiere nichts. Man kenne die Situation in der Au. Man wisse, dass dort viele Bauten anstünden und dass es mehr Einwohner geben werde, vor allem wenn das Alcatel-Areal einmal bezogen werde. Das gebe einen grossen Verkehrszuwachs. Die Verkehrsplanung sei eine langfristige Sache. Wenn man jetzt nicht ernsthaft damit anfange, dann laufe einfach nichts. Man könne nicht mehr zuwarten. Passivität führe zu Stillstand - am Kreisel im wahrsten Sinn des Wortes.

Aus diesem Grund beantrage die SP-Fraktion, dass das Postulat aufrechtzuerhalten sei, damit sie vom Stadtrat wieder hören würden, hoffentlich innert Jahresfrist, was er in der Zwischenzeit unternommen habe, damit die Situation am Kreisel besser werde.

Gemeinderatspräsident Erich Schärer, teilt mit, dass es einen Antrag auf Aufrechterhaltung des Postulats gebe und somit die Diskussion eröffnet sei.

Simon Kägi, GP, sagt, dass er in der Raumplanungskommission, wie Philipp Kutter bereits erwähnt habe, einen vertieften Einblick in die Situation beim Kreisel bekommen habe. Eindeutig sei herausgekommen, dass der Kreisel einen Rattenschwanz nach sich ziehe. Wenn der Kreisel beim Lidl vergrössert werde, stocke es beim Migros-Kreisel. Wenn man beide Kreisel vergrössere, stocke es im Neubüel. Wenn man es umgekehrt mache, stocke es sowieso. Der schwächste und mit Abstand am knappsten berechnete Kreisel sei bei der Migros. Man habe verschiedene Versionen angeschaut. Dabei sei herausgekommen, dass eine Lichtsignalanlage das absolut effizienteste wäre. Das würde heissen, dass die drei Kreisel zurückgebaut werden müssten und von unten bis oben Lichtsignale installiert würden. Für den öffentlichen Verkehr wäre dies ein Vorteil. Dieser könnte auf Grün schalten und hätte eine grüne Welle bis zuoberst. Alle anderen müssten warten. Er habe das sehr eindrücklich gefunden. Er finde aber, heute von Kollaps zu sprechen, sei etwas übertrieben. Er selber habe noch nie wirklich Stau gehabt. Man rolle langsam, aber einen wirklichen Stau habe er selber noch die erlebt. Grundsätzlich vertrete er eine Grüne Haltung - müsse er ja auch - aber es mache auch Sinn. Dort oben könne man aufgrund der Platzverhältnisse nicht noch grössere Kreisel erstellen. Der einzige Weg sei - so wie bei der zweiten oder dritten Gotthardröhre - zu versuchen, den Verkehr neu zu denken. Der Verkehr solle vermehrt auf die Schienen verlagert werden. Die Leute sollen den Zug anstelle des Autos benützen. Er glaube nicht, dass eine andere Lösung gefunden werde, ausser irgendeinmal für eine Lichtsignalanlage zu stimmen, was er nicht so attraktiv fände. Er glaube jedoch, dass der Ausbau des Kreisels der falsche Weg sei. Der einzig richtige Weg sei, den Verkehr an verschiedenen Orten in Wädenswil zu minimieren.

Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass ein Verkehrsproblem vorhanden sei und sie daran selber schuld seien. Hauptursache sei das zügellose Bevölkerungswachstum, das der Stadtrat mit seiner Wachstumsstrategie und leider auch die Mehrheit des Gemeinderats unterstützen würde. Die GLP sei gegen dieses Wachstum, ohne dass die Infrastruktur mitziehe. Sonst gebe es mehr Stau und weniger Lebensqualität. Das passe weder in ihre grüne noch liberale Überzeugung. Die Verkehrssituation beim Lidl-Kreisel sei Ausdruck dieser Entwicklung.

Er habe bereits in der Raumplanungskommission erwähnt, dass sie nicht im Limmattal, sondern in Wädenswil seien. Er hoffe, dass in Wädenswil nie solche Zustände herrschen werden, wie im Limmattal. Hier am linken Seeufer habe man noch eine hohe Lebensqualität. Die GLP unternehme alles und hoffe, die anderen würden mitziehen. Bevor man überall mehr baue und mehr Leute habe, müsse auch an die Infrastruktur gedacht werden, um die Lebensqualität hochzuhalten. Simon Kägi habe es bereits erwähnt, man müsse sich keine Illusionen machen. Im 2030 werde man vier Lichtsignalanlagen in Serie geschaltet haben. Man könne noch lange sagen, soweit sei man nicht und es bestehe noch kein Verkehrsproblem. Das werde so kommen. Man habe das in der Raumplanungskommission gesehen. Ob es dann 2030 oder 2032 sei, spiele keine Rolle. Sie wollen keine Lichtsignale in Wädenswil. Man habe heute keine und brauche auch keine. Man solle daran denken, dass bei jeder Bewilligung von neuen Häusern neue Leute zuziehen würden und dadurch auch der Verkehr zunehme.

Abstimmung über den Antrag der Aufrechterhaltung

Der Rat lehnt die Aufrechterhaltung des Postulats betreffend Verkehrskollaps am Kreisel Zuger-/Steinacherstrasse grossmehrheitlich ab. Das Postulat gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

28.03.15

4. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 23. September 2015, betreffend Eisbahn Wädenswil; Begründung

Rita Hug, GP, meint, da der See nun definitiv zu kalt zum Schwimmen sei, würden kleine und grosse Wädenswilerinnen und Wädenswiler wieder ihre Runden auf der kleinen Eisbahn auf dem Seeplatz drehen. Es werde „Fangis“, Hockey oder Eisstock gespielt, geflirtet, geplaudert oder etwas getrunken.

Dieser Platz der Begegnung gehöre zu Wädenswil und sei weitherum bekannt. Immer wieder werde man darauf angesprochen - es sei eben etwas Besonderes. Gerade kürzlich, als sie am Begrüssungsanlass des Wädenswiler Regierungspräsidenten gewesen sei, habe sie zusammen mit Altstadtrat Ueli Fausch die Anfangszeiten der Eisbahn aufleben lassen. Eine Hand voll Idealisten hätten damals das Büro von Ueli Fauch gestürmt mit einer kleinen, mobilen Eisbahn in der Tasche, die gerne wieder aufgestellt werden wollte.

Das Budget betrug CHF 85'000.-, noch keine Investoren, noch keine Sponsoren, noch keine Mitglieder. Und was habe Ueli Fausch, FDP, nota bene gesagt? Klar, das mache man doch! Es sei eine gute Sache, etwas Neues für Wädenswil. Er habe sich eingesetzt, mit dem Kanton gesprochen und das Bauamt beschwichtig, das gar nicht begeistert gewesen sei. Das Bauamt habe nämlich gefragt, wer denn in Wädenswil schon eine Eisbahn brauche. Ja, wer brauche schon eine Eisbahn? Wenn sie das noch nicht wüssten, dann sollten sie doch einmal auf den Seeplatz gehen und sich selber davon überzeugen. Die Vielfalt der Personen, die sich dort tummeln, sei riesig. Dort finde das Wädenswiler Sozialleben im Winter statt. Dort fänden Kinder eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung an der frischen Luft, Erwachsene entflöhen ihren vier Wänden und träfen Gleichgesinnte.

Sie frage sich, ob das heute noch möglich wäre, den aktuellen Stadtrat für eine solche Idee zu gewinnen. Das könne sie so natürlich nicht beantworten. Was sie aber wisse sei, dass die Eisbahn kämpfe. Dieser Kraftakt, der jedes Jahr ehrenamtlich für die Stadt Wädenswil geleistet werde, übersteige einfach das Mass von normaler Freiwilligenarbeit. Die Stadträte seien bis jetzt „Stadträte mit einer eigenen Eisbahn“ gewesen. Das könne sicher nicht jeder Stadtrat von sich behaupten. Und jetzt sei es am Stadtrat, dieser Eisbahn zu helfen. Was die Grünen sich für die Eisbahn wünschen sei jemand, der seine Zeit für die ganze Koordination während des Aufbaus und Abbruchs zur Verfügung stelle. Möglichst regelmässig und wiederkehrend. Ein Engagement, das für eine Stadt wie Wädenswil möglich sein müsste. Der Vorstand der Eisbahn habe sich immer wieder mit einem Hilferuf an den Stadtrat gewandt - leider ohne Erfolg. Sie wünsche sich die Begeisterung, die Ueli Fausch damals gehabt habe, so würde wenigstens etwas auf den aktuellen Stadtrat überspringen. Der Funke bei der Bevölkerung und dem Gewerbe sei nämlich immer noch da. Die Wichtigkeit der Eisbahn solle nicht unterschätzt werden - für die Bewohnerinnen und Bewohner aber auch für das Gewerbe, das sich Jahr für Jahr mit Bandenwerbung präsentiert und von Anfang an die Eisbahn stark mitgeprägt habe.

Dank einer sehr grossen Eigenleistung des Vereins Eisbahn komme die Stadt Wädenswil seit 15 Jahren mit sehr bescheidenem Aufwand zu einer grossen Attraktion und zu einer unbezahlbaren Standortförderung.

Die Fraktion der Grünen bitte daher den Stadtrat, dieses Postulat anzunehmen und abzuklären, wie man die Eisbahn personell unterstützen könne. Es wäre wirklich traurig, wenn der aktuelle Stadtrat in die Geschichte eingehen würde als derjenige, der der Eisbahn den Stecker gezogen habe.

Stadtpräsident Philipp Kutter, sagt, dass der Stadtrat bereit sei, dieses Postulat entgegenzunehmen. Der Stadtrat kenne das Anliegen der Eisbahn und habe bereits verschiedene Gespräche geführt und Angebote gemacht. Der Stadtrat nutze gerne das Postulat um dem Gemeinderat aufzuzeigen, wie sich die Situation präsentiere und wie die Haltung des Stadtrats sei.

Das Postulat betreffend Eisbahn Wädenswil gilt als an den Stadtrat überwiesen.

36.05.30

5. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Oktober 2015, betreffend einem Rufbus für den Wädenswiler Berg; Begründung

Rita Hug, GP, sagt, dass sie heute Abend Dokumente mitgenommen habe, die belegen würden, was in Wädenswil schon lange bekannt sei und was Wädenswiler Einwohnerinnen und Einwohner vom Berg heute forderten. Der Stadtrat habe bereits im Jahr 2013 mit dem Landschafts- und Entwicklungskonzept (LEK) das festgelegt, was die Fraktion der Grünen mit diesem Postulat thematisieren wolle.

In dieser Planlegende seien unter „Handlungsfeld/Thema“ die mangelnden Busverbindungen im Wädenswiler Berg aufgeführt. Weiter stehe im Vorwort von Stadtrat Heini Hauser: „Eine Arbeitsgruppe wird in den nächsten Jahren die im LEK vorgeschlagenen Projektideen allmählich umsetzen. Jedes Jahr wird ein Schwerpunktthema aufgenommen“. Im Anhang A8 dieser LEK-Broschüre werde dieses Anliegen der damaligen Arbeitsgruppe mit „Priorität 2“ vermerkt: „Wichtige Massnahme mit hoher Dringlichkeit und guten Realisierungschancen, Umsetzung bis 2015, Budgetierung durch federführende Dienstabteilung erforderlich, Finanzierung sichern.“ Der Anhang A gehe dann sogar noch detaillierter darauf ein. Da werde genau das beschrieben, was heute Realität sei: „Der Wädenswiler Berg ist insbesondere am Wochenende nicht an den öffentlichen Verkehr angebunden. Von einer optimierten Anbindung könnten Anwohnerinnen wie auch Erholungssuchende profitieren“. Und als mögliches Ziel sei angegeben worden: „Der Wädenswiler Berg ist auch am Wochenende ausreichend an den öffentlichen Verkehr angebunden - Möglichkeiten für die Verbesserung der Anbindung des Wädenswiler Berges werden abgeklärt und umgesetzt“.

Viele Teilnehmer aus Wädenswil hätten an diversen Workshops und Sitzungen teilgenommen und sich eingebracht; ihre Zeit, ihre Energie und ihre Ideen zur Verfügung gestellt. Seit der letzten Fahrplanänderung würden nun aber insgesamt weniger Busse im Wädenswiler Berg verkehren und die Fahrzeiten seien gekürzt worden. Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr des Bergs sei immer schwieriger, die Erreichbarkeit zum Arbeitsplatz oder für Freizeitaktivitäten an Wochenenden sowie zu Randstunden sogar unmöglich.

Ein Rufbus-System könnte eine Alternative zum Linienbetrieb in diesem dünn besiedelten Gebiet sein. Als Steuerzahler hätten auch die Leute „am Berg“ Anrecht, nicht stehen gelassen zu werden und auf einen besseren Anschluss an die ÖV-Transportkette.

Mit diesem Postulat wollten sie den Stadtrat an ein Versprechen erinnern, das er der Wädenswiler Bevölkerung auf dem Berg gemacht habe.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni, stellvertretend für Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, führt aus, dass es sich bei diesem Postulat definitiv um eine sympathische und gute Idee handle. Der Stadtrat habe dementsprechend auch weitere Abklärungen getätigt und zusammen mit der Verkehrskommission Möglichkeiten angeschaut. Aus verschiedenen Gründen sei der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass ein Rufbus für den Wädenswiler Berg aus folgenden Gründen nicht realisierbar sei: Der ZVV habe auch ein Wörtchen mitzureden und habe in anderen Regionen solche Begehren ganz klar abgelehnt. Das heisse, es gebe noch eine weitere Möglichkeit als Stadt, nämlich den Rufbus selber zu finanzieren. Sie alle wüssten, wie die aktuelle finanzielle Situation aussehe. Aus diesem Grund erachte der Stadtrat eine Finanzierung des Rufbusses als nicht realistisch. Zudem würde der ZVV dies ablehnen, da für andere Regionen, die noch schlechter erschlossen seien als der Wädenswiler Berg, ein Präjudiz geschaffen würde. Wenn dem Stadtrat zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden - das sei auch so mit der Verkehrskommission besprochen worden - würden zuerst die Schwachstellen des heutigen Angebots gehoben. Durch die Umstellung des Fahrplans und dem Wechsel der Ankunft der Züge in Wädenswil habe man weniger bzw. keine Anschlüsse am Abend und Wochenende an den Regioexpress, der von Zürich nach Chur fahre. Das sei störend und würde prioritär behandelt (also vor der Idee eines Rufbusses), wenn es die finanzielle Situation zulassen würde.

Nun noch zum Landschaftsentwicklungskonzept. Es stimme, dort seien ganz viele Massnahmen aufgeführt, welche man gerne realisieren würde. Aufgrund der finanziellen Situation habe man aber auch in diesem Bereich mit dem Budget zurückfahren müssen und der Stadtrat sehe auch da keinen Handlungsspielraum. Er fasse zusammen: Es wäre gut, wenn alles so erschlossen werden könnte, wie es gewünscht werde. Der Stadtrat würde das begrüssen. Aber da keine finanziellen Mittel da seien und wenn sie da wären, andere Erweiterungen wichtiger wären, sei der Stadtrat nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Die Diskussion ist automatisch eröffnet.

Edith Brunner, SP, sagt, dass sie zuerst im Namen der Fraktion etwas klarstellen müsse. Wahrscheinlich hätten alle in der Samstagsausgabe der Zürichsee Zeitung gelesen, dass die SP das Postulat unterstütze. Der Fraktionsbericht sei in der Zeitung falsch wiedergegeben worden. Das sei nicht so.

Nachdem bereits in der Kampagne „Wohnen für alle“ vor ca. zwei Wochen ein Leserbrief der FDP gegen diese Initiative zwei Mal abgedruckt worden sei, sei die SP befremdet über diesen neuerlichen journalistischen und redaktionellen Lapsus zu ihren Ungunsten. Sie würden sehr hoffen, dass in Zukunft sorgfältiger und professioneller gearbeitet werde.

Nun aber zum Inhaltlichen: Sie SP anerkenne den Vorstoss der Grünen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, den die SP ja grundsätzlich auch unterstütze. Dass der Wädenswiler Berg ungenügend erschlossen sei, bestreite die SP nicht. In diesem Fall bestehe aber für sie ein Missverhältnis zwischen Aufwand und Kosten einerseits und Nutzen für eine sehr kleine Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern von Wädenswil andererseits. Die SP sei der Meinung, dass am Berg vermutlich fast alle ein eigenes Auto hätten und dieses auch in Zukunft benutzen würden, wenn es den Rufbus gebe. Aus diesen Gründen sei auch das Bedürfnis in der Bevölkerung aus ihrer Sicht nur sehr bedingt vorhanden oder man müsste zuerst zumindest alles abklären, damit aktuelle Zahlen vorliegen würden. Sie SP sei nicht bereit, das Postulat zu unterstützen.

Rita Hug, GP, erwidert, dass sie ja genau das prüfen wollten. Sie wollten verhindern, dass jeder mit dem eigenen Auto zum Beispiel an die Chilbi nach Wädenswil fahre. Die Leute sollten für einen solchen Anlass einen Rufbus organisieren, gemeinsam hinunter und wieder nach Hause fahren können. Sie müsse zugeben, dass das Postulat nicht die Idee der Grünen gewesen sei. Sie seien von den Quartiervereinen Langrüti und Stocken angefragt worden. Sie finde es schade, dass man immer wieder Postulate wegen der Kosten zurückweise. Wenn man nur etwas abkläre, gehe die Stadt Wädenswil noch nicht Bankrott. Sie finde es schade, dass der Stadtrat sich die Bemühungen nicht mache. Zudem habe sie ganz etwas anderes gehört zum Thema ZVV. Hier habe sie nicht so eine ablehnende Haltung zum Thema Rufbus gehört.

Schlussabstimmung

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats der Fraktion der Grünen, vom 9. Oktober 2015, betreffend einem Rufbus für den Wädenswiler Berg, grossmehrheitlich ab.

31.03.20

6. Interpellation der CVP- und SP-Fraktionen, vom 2. April 2015, überwiesen am 6. Juli 2015, betreffend Konflikt- und Präventionskonzept an der Primarschule Wädenswil; Beantwortung

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, führt aus, dass erfolgreiches Lernen keine Selbstverständlichkeit, sondern das Resultat von vielen hierfür förderlichen Rahmenbedingungen sei. Je höher das Wohlbefinden der Kinder, desto grösser sei der Lernerfolg. Er sei äusserst dankbar dafür, dass solche Sätze aus dem Parlament kämen. Er hätte es selber nicht besser formulieren können. Wenn er das so formuliert hätte, würde sich die Frage stellen, ob das so gut ankomme. Zu den hierfür förderlichen Rahmenbedingungen gehörten auch genügend Schulräume für eine wachsende Schülerzahl in der Bildungsstadt Wädenswil bzw. derzeit bekanntlich vor allem in der Au, die ja seines Wissens auch zu Wädenswil gehöre. Er habe das einfach mal sagen müssen, wenn man schon dabei sei.

Konfliktbewältigung passiere nicht erst dann, wenn eine Konfliktsituation entstanden sei. Er wisse nicht, ob das Parlament sich noch an die legendäre Nummer von Emil erinnern könne mit der Polizeihauptwache. Die Älteren mögen sich sicher noch daran erinnern. Die Schule warte nicht darauf, bis sie mit „Schüfeli und Wüscherli“ die Scherben zusammenwischen müsse. Im Schulalltag gehöre es zu den wesentlichen Aufgaben einer Lehrperson, mit der Heterogenität der Klasse und den stetig steigenden Ansprüchen der ebenso heterogenen Elternschaft umzugehen und rechtzeitig und richtig darauf zu reagieren. Deshalb werde genau hingeschaut, welche Bedürfnisse die Kinder hätten und wo es welche besonderen pädagogischen und/oder sozialen Massnahmen brauche. Das tue niemand, weil man sich um solche Aufgaben reisse, sondern deshalb, weil es für einen geordneten Schulbetrieb dringend nötig sei. Die Schule müsse bzw. dürfe alle Kinder, die im schulpflichtigen Alter seien, nehmen und sie wolle mit allen Kindern die Zielvorgaben des Lehrplans erreichen. Er wolle nochmals daran erinnern, dass die Schule die Probleme nicht outsourcen könne, sondern selber lösen müsse. Manchmal habe man tatsächlich Probleme, das könne er sagen und diese müssen gelöst werden. Er sei ausserordentlich dankbar, wenn das Parlament dies bei der Budgetberatung nicht vergesse. Wenn tatsächlich Konflikte aufträten, gebe es ein Papier, das besage, wie bei Konfliktsituationen umzugehen sei. Dieses sei auch im Internet aufgeschaltet und in der Schule bestens bekannt. Wenn wirklich Probleme auftauchen würden, sei es wichtig und hilfreich, dass ein Leitfaden vorhanden sei. Ob der Konflikt dann immer so gelöst werden könne, damit alle Konfliktparteien zufrieden seien, könne die Schule trotz allem nicht garantieren.

Marc Lütolf, CVP, sagt, dass er Johannes Zollinger, Patrick Weil, der Schulleiterin Irene Reichelt und dem Schulleiter Felix Müller für die gute Zusammenarbeit in der Bearbeitung der Interpellation danke. Ebenfalls danke er Daniel Tanner und Edith Brunner - ohne sie wäre diese Interpellation nicht zustande gekommen.

Nach einem gemeinsamen Treffen im Frühjahr sei schnell klar gewesen, dass die Primarschule Wädenswil über ein gutes und geeignetes Konzept im Rahmen der Konflikt- und Ge-

waltprävention verfüge, das jedoch schulintern sei. Es sei super, dass das, was die CVP fordere, zwar vorhanden, aber der Öffentlichkeit nicht bekannt gewesen sei. Nun sei dies geschehen. Er sei sehr zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation. Er wünsche sich noch eine etwas offensivere Kommunikation des Konzepts. Er habe drei Kinder und sei schon an mehr als 10 Elternabenden gewesen. Das Konzept sei noch nie Thema gewesen. Das Konzept werde nicht in jeder Klasse gebraucht, aber es habe ein paar Klassen gegeben, bei denen man froh gewesen wäre, wenn man gesagt hätte, dass man einen Leitfaden habe.

Die Interpellation betreffend Konflikt- und Präventionskonzept an der Primarschule Wädenswil gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

06.03.01

7. Einbürgerungen:

DE CONTO Mirco, geb. 8. März 1975 in Wädenswil ZH, italienischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau **Gabriele Susanne geb. Schmitt**, geb. 3. November 1973 in Oberkirch (Deutschland), deutsche Staatsangehörige, und den Töchtern **Penelope Emilia Aurora**, geb. 19. März 2006 in Horgen ZH und **Aurelia Elisa Sophia**, geb. 3. Februar 2010 in Horgen ZH, beide italienische und deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Neudorfstrasse 46

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'500.-
Referent im Gemeinderat: Ernst Grand

FILI Nicole Angela, geb. 30. Januar 1967 in Bietigheim-Bissingen (Deutschland), ledig, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Am Gulmenbach 2

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'500.-
Referent im Gemeinderat: Jürg Wuhrmann

GEORGIEVA geb. Petkova Albena, geb. 12. Oktober 1974 in Chirpan (Bulgarien), verheiratet (getrennt lebend von Georgiev Aleksandar, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht mitbezogen), und ihr Sohn **Georgi GEORGIEV**, geb. 16. März 1999 in Sofia (Bulgarien), bulgarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Rautistrasse 24

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'500.-
Referent im Gemeinderat: Ivo Peyer

Gemeindepräsident Erich Schärer fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Er bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen würden.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Erich Schärer keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsident Erich Schärer schliesst die Sitzung. Nächster Treffpunkt sei die Budgetsitzung in drei Wochen.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.